

Prostitution: Expertinnen lehnen neues Schutzgesetz ab

Lübecker Beratungsstellen einig: Entwurf der Bundesregierung bringt den Sexarbeiterinnen nichts

Innenstadt. Die Bundesregierung hat einen Entwurf für ein neues Schutzgesetz für Prostituierte vorgelegt. Das Ziel: Prostituierte sollen vor Gewalt, Menschenhandel und Zuhälterei geschützt werden. Das 39 Paragraphen umfassende Werk legt Bordellbetreibern, aber auch den Damen des horizontalen Gewerbes ethische Pflichten auf. Fachverbände, die die Frauen beraten, lehnen den Entwurf ab.

Das Frauenbüro hatte Vertreterinnen von Beratungsstellen, Polizei und Gesundheitsamt eingeladen, um die Frage zu klären, wie den Prostituierten in Lübeck am besten geholfen werden kann. Beate Leopold, Soziologin aus Berlin, skizzierte die aktuelle Rechtslage. Seit 2002 gibt es ein Gesetz, das die Sexarbeiterinnen rechtlich besser

stellt. Eine bundesweite Befragung von 1300 Prostituierten, Verbandvertreterinnen und Vertreterin staatlicher Stellen forderte aber zugleich, dass dieses Gesetz nur wenig Wirkung zeigt. Der Entwurf für das neue Gesetz sieht deshalb vor, dass Prostituierte sich bei den Behörden anmelden müssen, die Gesundheitsberatung verpflichtend ist und eine Kondompflicht eingeführt wird. „Die Umsetzung wird schwierig“, prophezeite die Soziologin Leopold, „viele Sexarbeiterinnen kommen aus dem Ausland und kennen die behördlichen Verfahren hier nicht.“ Auf die Kommunen würde erhebliche Mehrarbeit zukommen, erklärten die Expertinnen. „Soll die Polizei die Kondompflicht kontrollieren?“, fragte die Frauenbeauftragte Elke Sasse.

Die Fachstelle gegen Frauenhandel „Contra“ lehnt die Anmeldepflicht und die verbindliche Gesundheitsberatung für Sexarbeiterinnen ab, „weil dadurch Menschenhandel und Ausbeutung nicht verhindert werden“. Jutta Scheibner vom Gesundheitsamt Lübeck bestätigte, dass die Frauen anonym bleiben wollen. Ortrud Wulf, Sozialberaterin der Vorwerker Diakonie: „Wir können den Frauen nur helfen, wenn sie von sich aus zu uns kommen.“

Auf der Veranstaltung wurde ein Bild von Frauen gezeichnet, die sich bewusst für diese Arbeit entschieden hätten. „Prostituierte sind nicht alle Opfer, sondern oft Powerfrauen“, sagte Soziologin Leopold. Catharina Strutz-Hauch vom Frauentrupf korrigierte die-

ses Bild. In der Beratungsstelle würden immer wieder Prostituierte vortreten, die durch Armut, Missbrauchserfahrungen und Drogenkonsum in die Branche gekommen seien.

1067 Sexarbeiterinnen schalteten 2014 Anzeigen auf der Internet-Plattform, berichtete Olaf König von Sex Nord. 70 bis 100 Frauen sind pro Woche in Lübeck aktiv. Die Dienstleistung hat sich verlagert. „Wir haben keine Straßen- und Fensterprostitution“, sagte Ärztin Scheibner. Gearbeitet wird in Wohnungen, Clubs, Massageinstituten und Studios. Sozialarbeiterin Wulf schlug vor, die 1067 Frauen von Sex Nord anonym zu befragen, welche Art von Gesetz sie sich wünschen. König sicherte die Zusammenarbeit zu.

NV 18. 11. 2015

dor